




Ein Unternehmen der  Gruppe

Vergabe von Generalplanungsleistungen für den Neubau des Betriebsverwaltungsgebäudes am Standort Göttingen Elliehausen

Verhandlungsverfahren mit europaweitem Teilnahmewettbewerb nach § 15 SektVO

der
EAM Netz GmbH
Monteverdistraße 2
34131 Kassel

<p>– Erster Verfahrensbrief / Anschreiben zum Teilnahmewettbewerb –</p>
--

**November 2022
Fassung: 07.12.2022**

Via elektronischer Vergabepattform

An alle interessierten Unternehmen

16.11.2022

Erster Verfahrensbrief / Anschreiben zum Teilnahmewettbewerb

**Vergabe von Generalplanungsleistungen für den Neubau des Betriebsverwaltungsgebäudes am Standort Göttingen Elliehausen
Verhandlungsverfahren mit europaweitem Teilnahmewettbewerb nach § 15 SektVO**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die EAM Netz GmbH beabsichtigt, Vergabe von Generalplanungsleistungen für den Neubau des Betriebsverwaltungsgebäudes am Standort Göttingen Elliehausen im Rahmen einer stufenweisen Beauftragung zu vergeben.

Ihr Unternehmen erhält hiermit Gelegenheit, sich am Wettbewerb zu beteiligen.

1. Informationen zum Teilnahmewettbewerb

1.1 Kontaktstelle und Kommunikation

EAM GmbH & Co. KG

Einkauf Herr Michael Beissel

Monteverdistrasse 2

34131 Kassel

eVergabe-Plattform

„Synertrade“

Fehler! Linkreferenz ungültig.

E-Mail:

ausschreibungen@eam.de

Die Kommunikation zwischen der Auftraggeberin und den Bewerbern / Bietern, etwa bei Bewerber- / Bieterfragen und deren Beantwortung, wird im gesamten Verfahren ausschließlich über die von der Auftraggeberin eingesetzte elektronische Vergabepattform (Synertrade) geführt.

Damit die Auftraggeberin mit den Bewerbern / Bietern reibungslos kommunizieren kann, empfehlen wir dringend, dass sich diese – soweit nicht bereits geschehen – auf der Vergabeplattform unter

Fehler! Linkreferenz ungültig.

freiwillig und kostenlos für die Materialgruppe/Projekt

Fehler! Linkreferenz ungültig.

zu registrieren.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass die für die Abgabe des Teilnahmeantrags erforderliche Registrierung im Vergabeportal der Vergabestelle bis zu einem Werktag dauern kann.

Ohne eine solche Registrierung kann die Auftraggeberin die nicht registrierten Bewerber / Bieter über nachträgliche Informationen nicht aktiv informieren. In diesem Fall obliegt es diesen, sich auf der Vergabeplattform regelmäßig selbst über etwaige Änderungen zu informieren.

1.2 Fragen zum Teilnahmewettbewerb

Fragen zum Teilnahmewettbewerb (ausschließlich 1. Verfahrensschritt) sind unter Angabe der Dokumentenbezeichnung und Gliederungsnummer des jeweiligen Dokuments möglichst bis zum

13.01.2023, 17:00 Uhr (MEZ),

zu stellen.

Auch nach diesem Termin rechtzeitig eingehende Fragen werden selbstverständlich beantwortet. Antworten der Auftraggeberin auf Fragen von interessierten Unternehmen werden im Vergabeportal (Synertrade) veröffentlicht und die registrierten Interessenten erhalten hierüber eine elektronische Information.

Die nicht registrierten Unternehmen haben sich auf dem Vergabeportal selbstständig darüber zu informieren, ob die Auftraggeberin Fragen zum Teilnahmewettbewerb beantwortet hat. Die entsprechenden Bewerberfragen- / Antwortenkataloge werden zu diesem Zwecke den elektronisch abrufbaren Vergabeunterlagen beigelegt. Die Antworten der Auftraggeberin auf Fragen der Interessenten sind bei der Erarbeitung der Teilnahmeanträge zu beachten.

1.3 Enthalten die im 1. Verfahrensschritt mit der Auftragsbekanntmachung zur Verfügung gestellten Unterlagen (vorliegender 1. Verfahrensbrief nebst Anlagen, Leistungsbeschreibung) nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bewerber die Auftraggeberin unverzüglich nach Erhalt der Unterlagen vor Abgabe des Teilnahmeantrages in Textform nach § 126b BGB darauf hinzuweisen.

- 1.4 Weitergehende Informationen zur Angebotsphase (2. Verfahrensschritt) werden im Teilnahmewettbewerb nicht übermittelt. Die im Teilnahmewettbewerb erfolgreichen Bewerber werden in der Angebotsphase ausreichend Gelegenheit erhalten, Bieterfragen zu den Vergabeunterlagen an die Auftraggeberin zu richten. Es wird daher gebeten, von solchen Fragen im jetzigen Verfahrensstadium Abstand zu nehmen.

2. Teilnahmeanträge

2.1 Allgemeines

Falls Ihr Unternehmen einen Teilnahmeantrag abzugeben beabsichtigt, wird darum gebeten, den Teilnahmeantrag mit den übrigen geforderten Angaben, Unterlagen und Erklärungen ausschließlich in deutscher Sprache in elektronischer Form (Textform nach § 126b BGB) oder mit fortgeschrittener oder qualifizierter elektronischer Signatur bis spätestens

**30.01.2023, 12:00 Uhr (MEZ),
(Teilnahmefrist)**

über das Vergabeportal einzureichen. Eine postalische, telefonische oder eine Abgabe des Teilnahmeantrages per Telefax oder E-Mail ist nicht zulässig.

Hinweise der Auftraggeberin:

- *Die Auftraggeberin weist auf die aktuelle vergaberechtliche Rechtsprechung (vgl. OLG Karlsruhe, Beschluss vom 17.03.2017 – 15 Verg 2/17; VK Niedersachsen, Beschluss vom 11.12.2018 – VgK – 50/2018) hin, wonach unverschlüsselt eingereichte Angebote und Teilnahmeanträge zwingend vom Wettbewerb auszuschließen sind. Vor diesem Hintergrund wird von einer unzulässigen Abgabe des Teilnahmeantrages mittels einfacher E-Mail in jedem Fall dringend abgeraten. Die Anforderungen an die Form der Dokumentenabgabe werden gewahrt, wenn diese elektronisch unter Verwendung des unter Abschnitt I. 3) der Auftragsbekanntmachung veröffentlichten Links eingereicht werden.*
- *Informationen zu den verwendeten elektronischen Mitteln, den technischen Parametern zur Einreichung elektronischer Teilnahmeanträge, Interessensbestätigungen und Angeboten sowie zu verwendeten Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren entnehmen Sie bitte den auf beim Vergabeportal hinterlegten Nutzungsbedingungen.*

Es wird dringend empfohlen, die technischen Voraussetzungen und Kompatibilitäten zur Einreichung rechtzeitig vor Ablauf der vorgenannten Frist zu verifizieren, damit eine ordnungsgemäße Übermittlung sichergestellt ist.

Teilnahmeanträge, die nach Ablauf der vorgenannten Frist eingehen, werden ausgeschlossen. Bis zum Ablauf der Teilnahmefrist können Teilnahmeanträge zurückgezogen werden.

2.2 Der Teilnahmeantrag muss folgende Unterlagen in der hier bezeichneten Reihenfolge (zugleich Gliederungsstruktur) umfassen:

1. Ausgefülltes Formular Bewerber-Formblatt (siehe **Anlage 1**) einschließlich der dort geforderten Unterlagen
2. Bei Bewerbergemeinschaft: Bewerbergemeinschaftserklärung (Muster siehe **Anlage 2**)
3. Bei Nachunternehmereinsatz: VHB-Formblatt 233/Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (Muster siehe **Anlage 3**)
4. Bei sogenannter Eignungsleihe: VHB-Formblatt 235/Verzeichnis der Leistungen / Kapazitäten anderer Unternehmen (Muster siehe **Anlage 4**)
5. Bei sogenannter Eignungsleihe: VHB-Formblatt 236/Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (Muster siehe **Anlage 5**)
6. Eigenerklärung zu Tariftreue, Mindestlohn und Arbeitsschutz (Muster siehe **Anlage 6**)
7. Eigenerklärung zum Russlandgeschäft gemäß Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Bewerbers bzw. von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft (Muster siehe **Anlage 7**)

Für die geforderten (Eignungs-)Nachweise sowie Eigenerklärungen des Bewerbers zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen stellt die Auftraggeberin ein Bewerber-Formblatt zur Verfügung. Eine Verpflichtung zur Verwendung des Bewerber-Formblattes besteht nicht. Der Bewerber hat jedoch sicherzustellen, dass seine Bewerbung bei Nichtverwendung des Formblattes die darin genannten Angaben zur Eignung sowie zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen enthält sowie die darin beschriebenen Anforderungen erfüllt. Inhaltliche Abweichungen davon können zum Ausschluss des Bewerbers führen. Die Verwendung des Bewerber-Formblattes wird daher mit Nachdruck empfohlen. Dies gilt auch für Bewerbergemeinschaftsmitglieder und Nachunternehmer, soweit erforderlich.

Bewerber haben zum Beleg ihrer Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen die in dem Bewerber-Formblatt bezeichneten Unterlagen vorzulegen.

3. Information zum weiteren Verfahren

Das Verhandlungsverfahren wird voraussichtlich die folgenden verfahrensrechtlichen Schritte unter nachfolgendem vorläufigen Zeitrahmen durchlaufen:

Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge interessierter Unternehmen	30.01.2023, 12:00 Uhr (MEZ)
---	-----------------------------

Auswertung Teilnahmewettbewerb	bis Mitte Februar 2023
Versendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe (AzA) an die ausgewählten, geeigneten Bewerber inklusive Entwurf Vertragswerk und Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien	Ende Februar 2023
Schluss termin für Eingang der (Erst-)Angebote	Mitte / Ende April 2023
Erste Auswertung Angebote und Bieterpräsentation	Anfang Mai 2023
Ggf. Verhandlungsrunden unter ggf. Bieterabschichtung	Mitte / Ende Mai 2023
Vertrag sendverhandlungen mit erfolgreichem Bieter	Anfang / Mitte Juni 2023
Interne Auswahlentscheidung mit erforderlichen Gremienläufen	Mitte Juni 2023
Information nichtberücksichtigter Bieter gemäß § 142 GWB i. V. m. § 134 GWB und Zuschlagsankündigungsschreiben an erfolgreichen Bieter	Mitte Juni 2023
Zuschlag / Vertragsschluss	Ende Juni 2023

Die Auftraggeberin weist ausdrücklich darauf hin, dass diese Verfahrensschritte und Zeitläufe die derzeitige Planung wiedergeben. Änderungen sind daher möglich.

4. Teilnahmebedingungen

Der Bewerber hat zum Nachweis seiner Eignung alle gemäß Abschnitt III. 1. 1) bis III. 1. 3) der Auftragsbekanntmachung geforderten Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise) innerhalb der unter Ziffer 2.1 genannten Bewerbungsfrist vorzulegen, soweit sich die Auftraggeberin dies nicht ausdrücklich anders vorbehalten hat. Die Auftraggeberin weist ausdrücklich darauf hin, dass unvollständige Bewerbungen von der Teilnahme am weiteren Verfahren ausgeschlossen werden können. Die Vorlage von Kopien ist zulässig. Ausländische Bewerber haben statt der geforderten amtlichen Nachweise nach deutschem Recht gleichwertige Bescheinigungen nach den Vorschriften ihres Herkunftslandes vorzulegen. Soweit nicht anders gefordert, können Erklärungen als Eigenerklärungen abgegeben werden.

Bei Bewerbungsgemeinschaften sind die geforderten Nachweise für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für den Leistungsbestandteil nachweisen muss, den es übernehmen soll. Ferner hat die Bewerbungsgemeinschaft dem Teilnahme-

antrag eine Erklärung beizulegen, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind, der für die Durchführung bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist und erklärt wird, dass dieser die Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder im Auftragsfall als Gesamtschuldner haften (Bewerbergemeinschaftserklärung, siehe **Anlage 2**).

Beabsichtigt der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft den Einsatz von Nachunternehmern, sind die von den Nachunternehmern zu erbringenden Leistungen gemäß § 34 Abs. 1 SektVO nach Art und Umfang mit dem Teilnahmeantrag zu benennen (vgl. VHB-Formblatt 233, siehe **Anlage 3**). Für Nachunternehmer, welche der Bewerber im Wege der Eignungsleihe nach § 47 SektVO einzusetzen beabsichtigt (vgl. VHB-Formblatt 235, siehe **Anlage 4**), sind weiterhin die unter Abschnitt III. 1. 1) bis III. 1. 3) der Auftragsbekanntmachung geforderten Nachweise und Erklärungen, soweit einschlägig und bezogen auf die zu erbringende Teilleistung, für den jeweiligen Nachunternehmer bereits mit dem Teilnahmeantrag einzureichen sowie nach § 47 Abs. 1 Satz 1 SektVO nachzuweisen, dass dem Bewerber die insoweit für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden (vgl. VHB-Formblatt 236, siehe **Anlage 5**).

Hinweis: *Mehrfachbewerbungen von Unternehmen, z. B. als Einzelbewerber und als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, sind unzulässig, wenn und soweit diese zu einer vergaberechtlich unzulässigen Wettbewerbsverzerrung führen.*

Die mit dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Eignungsnachweise ergeben sich im Einzelnen aus Abschnitt III. 1) der Auftragsbekanntmachung.

5. Wettbewerbsbeschränkende Absprache / Mittelstandskartelle

Teilnahmeanträge von Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

Unter bestimmten Voraussetzungen sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen bzw. die Bildung von Mittelstandskartellen von § 1 des GWB freigestellt. Die Voraussetzungen sind in §§ 2, 4 GWB geregelt. Eine entsprechende Erklärung ist abzugeben.

6. Hinweise zum Datenschutz

Im Rahmen des Vergabeverfahrens erbetene personenbezogene Angaben werden hierfür gespeichert und verarbeitet. Der Bewerber erklärt sich mit Abgabe seines Teilnahmeantrages mit diesem Vorgehen einverstanden.

Der Bewerber ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Übermittlung der personenbezogenen Daten an die Auftraggeberin rechtmäßig ist. Soweit notwendig, hat der Bewerber die betroffenen Personen über die Übermittlung der Daten an die Auftraggeberin und deren Verarbeitung für Zwecke des Vergabeverfahrens zu informieren und die Zustimmung der betroffenen Personen einzuholen. Eine gesonderte Information an die betroffenen Personen durch die Auftraggeberin erfolgt nicht.

Der Bewerber erklärt sich mit der Einreichung seines Teilnahmeantrages damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten und bereitgestellten Unterlagen für das Vergabeverfahren von der Auftraggeberin gespeichert und verarbeitet werden. Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass sie sich bei der Durchführung des Vergabeverfahrens externer Dienstleister (z. B. Betreiber elektronischer Plattformen, externe Fachberater, Rechtsberater) bedient und gegebenenfalls die an die Vergabestelle übermittelten Unterlagen (einschließlich darin enthaltener personenbezogener Daten) an diese Dritten zur Verarbeitung für Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens weitergibt.

7. Ausschluss von Teilnahmeanträgen

Teilnahmeanträge, die einer der in diesem ersten Verfahrensbrief gemachten Bedingungen nicht entsprechen, können ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus führen insbesondere die folgenden Gründe zu einem zwingenden Ausschluss:

- Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bewerber hat dies nicht zu vertreten,
- Teilnahmeanträge, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten,
- Teilnahmeanträge, in denen Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,
- Teilnahmeanträge, in denen Änderungen oder Ergänzungen des Bewerbers an den Dokumenten vorgenommen worden sind.

8. Nichtberücksichtigte Bewerber

Bewerber unterliegen mit der Abgabe ihres Teilnahmeantrages den besonderen Bestimmungen über nicht berücksichtigte Bewerbungen (§ 56 SektVO).

9. Vertraulichkeit von Informationen/Vernichtung von Vergabeunterlagen

Die im Verfahren von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Informationen sind auch nach Abschluss des Verfahrens vertraulich zu behandeln, soweit diese nicht öffentlich zugänglich oder bekannt sind oder von der Auftraggeberin öffentlich bekannt gegeben werden.

Falls sich ein Unternehmen dazu entschließt, keinen Teilnahmeantrag abzugeben, ist es verpflichtet, die überlassenen (Vergabe-)Unterlagen sowie etwa hergestellte Abschriften vollständig zu vernichten bzw. zu löschen.

10. Vergabekammer

Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen:


Vergabekammer des Landes Hessen

bei dem Regierungspräsidium Darmstadt
Wilhelminenstraße 1-3, Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
D-64283 Darmstadt
E-Mail vergabekammer@rpda.hessen.de
Telefon 06151 126603
Fax 0611 327 648534

Mit freundlichen Grüßen



i.V. Vaupel



i.A. Beissel

Anlagen:

- Anlage 1 Bewerber-Formblatt
- Anlage 2 Muster Bewerbungsgemeinschaftserklärung
- Anlage 3 VHB-Formblatt 233/Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen
- Anlage 4 VHB-Formblatt 235/Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- Anlage 5 VHB-Formblatt 236/Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- Anlage 6 Muster Erklärung Tariftreue
- Anlage 7 Muster Erklärung zum Russlandgeschäft
- Anlage 8 Leistungsbeschreibung